

Braunkohle ist kein bedeutender Wirtschaftsfaktor mehr

Grüne lehnen Pläne für ein neues Kohlekraftwerk bei Profen ab

Den vorgesehenen Verkauf der Mitteldeutschen Braunkohlegesellschaft (Mibrag) nehmen die Grünen in Sachsen-Anhalt zum Anlass, um auf die dramatische Situation im Burgenlandkreis aufmerksam zu machen. "Hier leben 1.000 Menschen in den Gemeinden Röcken und Sössen, deren Lebensumstände von den Baggern der Mibrag bedroht sind. Ihre Grundstücke mit ihren Häusern und Gärten, Spielplätze, Treffpunkte und Straßen sollen abgebaggert werden, wenn ein neues Braunkohlekraftwerk bei Profen gebaut wird", so Dorothea Frederking, energiepolitische Sprecherin der Grünen.

Ein neues Kraftwerk würde ungefähr bis zum Jahr 2060 am Netz bleiben. Solange reicht aber die Braunkohle des vorhandenen Tagebaus bei Profen nicht. Deshalb müsste ein neuer Tagebau erschlossen werden, dem die Gemeinden Röcken und Sössen dann zum Opfer fallen würden.

Frederking weiter: "Einziges Ziel der Mibrag ist es heute, Gewinne zu machen. Die Menschen bleiben dabei auf der Strecke." Während man die Braunkohle früher zur wirtschaftlichen Entwicklung gebraucht habe, gebe es aber inzwischen Alternativen für eine zuverlässige und klimafreundliche Stromversorgung. "Neue Braunkohlekraftwerke sind nicht mehr erforderlich, sie sind überflüssig. Die bestehenden relativ effizienten Kraftwerke können dagegen noch rund 30 Jahre laufen. Wir hoffen darauf, dass diese Fakten nach dem Verkauf der Mibrag auch von dem neuen Investor anerkannt werden", so Frederking.

Die Grünen weisen darauf hin, dass in den vergangenen Jahren die Arbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft drastisch zurückgegangen sind. "Von einem bedeutenden Wirtschaftszweig kann nicht mehr die Rede sein", so Frederking. Noch 1996 habe der Landtag von Sachsen-Anhalt damit argumentiert, dass der sächsische Ort Heuersdorf abgebaggert werden müsse, um 4.000 Arbeitsplätze der Mibrag zu sichern. "In der Zwischenzeit ist dieses Argument aufgeweicht, denn es gibt lediglich 2.100 Mibrag-Arbeitsplätze im mitteldeutschen Raum, aber die Menschen in Heuersdorf verlieren trotzdem ihre Heimat."

Frederking mahnt, dass sich dieses im Burgenlandkreis nicht wiederholen dürfe. "Die Mechanismen einer veralteten Wirtschaftsweise müssen endlich gestoppt werden. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass sich ein Strukturwandel vollzieht. Entwicklungen mit Zukunft sind gefragt. Im energetischen Bereich sind das ganz klar die erneuerbaren Energien, die allein in Sachsen-Anhalt schon für 20.000 Arbeitsplätze sorgen."